Deutscher Bundestag **Drucksache 17/617**

17. Wahlperiode 08. 02. 2010

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Monika Lazar, Jerzy Montag, Wolfgang Wieland und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einsparungen in der Regierung

Die Bundesregierung und ihre Bundesministerien werden in ihrer Arbeit durch Staatssekretärinnen und Staatssekretäre unterstützt. In der 16. Legislaturperiode wurde die Zahl der entsprechenden Stellen um 10 Prozent auf 30 erhöht. Insbesondere die Ernennung eines weiteren Staatssekretärs im Auswärtigen Amt stieß auf heftige Kritik in der Fraktion der FDP. Der Abgeordnete Dr. Guido Westerwelle kritisierte diese Entscheidung mit den Worten: „Willy Brandt kam mit zwei Staatssekretären aus, Hans-Dietrich Genscher kam mit zwei Staatssekretären aus, und Joseph Fischer kam mit zwei Staatssekretären aus. Schätzen Sie sich denn um so viel schwächer ein, Herr Außenminister, dass Sie jetzt einen dritten Staatssekretär brauchen? Das ist doch albern!“ (Plenarprotokoll 16/129, S. 13547). Ähnlich äußerte sich der haushaltspolitische Sprecher der Fraktion der FDP Jürgen Koppelin (Plenarprotokoll 16/128, S. 13407). Die Fraktion der FDP hat in der Folge konsequent die Streichung dieses dritten Staatssekretärspostens gefordert und dies in ihrem „liberalen Sparbuch“ für eine mögliche Regierungsbeteiligung als Sparmaßnahme zur Entlastung des Haushaltes angekündigt. Begründet wurde dies damit, dass die Einsparungen „den Bürger entlasteten“ (Haushaltsausschussdrucksache 16/4904). Darüber hinaus wollte die Fraktion der FDP in allen Bundesministerien mit Ausnahme des Bundesministeriums der Justiz und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend jeweils einen Staatssekretärsposten einsparen (Haushaltsausschussdrucksachen 16/4628; 16/5019; 16/5432; 16/5192; 16/4638; 16/4997; 16/4943; 16/5126; 16/4660; 16/5295; 16/4926; 16/5325). Der FDP-Abgeordnete Dr. Werner Hoyer sprach in einer Pressemitteilung vom 15. November 2007 von einer „explosionsartigen Vermehrung von Staatssekretärsposten“ unter der Koalition der Fraktionen der CDU/CSU und SPD. Dr. Werner Hoyer fungiert nun als Staatsminister im Auswärtigen Amt. Der FDP-Vorsitzende Dr. Guido Westerwelle hatte bereits zum Start der 16. Legislaturperiode kritisiert: „Eine Regierung, die den Bürgern abverlangt, den Gürtel enger zu schnallen, gleichzeitig aber den eigenen Apparat aufbläht, verhält sich dreist und frech.“ Die Bundesregierung dürfe nicht Wasser predigen und selbst beim Wein bleiben (http://www.fdp-bundespartei.de/webcom/show_article.php/_c-554/_nr-101/i.html, abgerufen: 1. Februar 2010).

Der Abgeordnete Dr. Guido Westerwelle bekleidet nun seit einigen Wochen das Amt des Bundesministers des Auswärtigen und wird in dieser Funktion weiterhin von zwei Staatsministern und drei Staatssekretären unterstützt. Leider gibt es bis heute keine öffentliche Begründung des Bundesministers des Auswärtigen zu seinem Sinneswandel. Insbesondere hatte die FDP kritisiert, dass der neue Staatssekretär dem Bundesminister des Auswärtigen für innenpolitische Fragen beratend zur Seite stehen soll (Plenarprotokoll 16/128, S. 13407). Der haushalts-

politische Sprecher der Fraktion der FDP im Deutschen Bundestag spricht auf seiner Webseite (abgerufen am 1. Februar 2010) davon, dass der dritte Staatssekretär heute ganz andere Aufgaben hätte als unter dem Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier. Leider werden diese Aufgaben nicht weiter ausgeführt. In Anbetracht der von der Bundesregierung geplanten Neuverschuldung von knapp 86 Mrd. Euro, ist sie gehalten, jede Personalentscheidung besonders gut zu begründen. Ohne uns die oben zitierte Argumentation der Fraktion der FDP zu Eigen zu machen,

fragen wir die Bundesregierung:

1. Plant die Bundesregierung zur Konsolidierung des Haushaltes oder zur Finanzierung des Sozialausgleiches in der Gesundheitspolitik oder zur Finanzierung ihrer Steuersenkungspläne Stellenstreichungsvorschläge aus dem „liberalen Sparbuch“ der Fraktion der FDP (http://www.fdp-fraktion.de/webcom/show_article.php?wc_c=1505, abgerufen am 1. Februar 2010) umzusetzen?

   Wenn ja, welche Stellen sind betroffen?

   Wenn nein, wie begründet die Bundesregierung dies?

2. Plant die Bundesregierung im Laufe der 17. Wahlperiode die Einsparung einer Staatssekretärsstelle beim Auswärtigen Amt?
3. Plant die Bundesregierung im Laufe der 17. Wahlperiode die Einsparung einer Staatssekretärsstelle beim Bundesministerium des Innern?
4. Plant die Bundesregierung im Laufe der 17. Wahlperiode die Einsparung einer Staatssekretärsstelle beim Bundesministerium für Gesundheit?
5. Plant die Bundesregierung im Laufe der 17. Wahlperiode die Einsparung einer Staatssekretärsstelle beim Bundesministerium für Bildung und Forschung?
6. Plant die Bundesregierung im Laufe der 17. Wahlperiode die Einsparung einer Staatssekretärsstelle beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales?
7. Plant die Bundesregierung im Laufe der 17. Wahlperiode die Einsparung einer Staatssekretärsstelle beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz?
8. Plant die Bundesregierung im Laufe der 17. Wahlperiode die Einsparung einer Staatssekretärsstelle beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung?
9. Plant die Bundesregierung im Laufe der 17. Wahlperiode die Einsparung einer Staatssekretärsstelle beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit?
10. Plant die Bundesregierung im Laufe der 17. Wahlperiode die Einsparung einer Staatssekretärsstelle beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend?
11. Plant die Bundesregierung im Laufe der 17. Wahlperiode die Einsparung einer Staatssekretärsstelle beim Bundesministerium der Verteidigung?
12. Plant die Bundesregierung im Laufe der 17. Wahlperiode die Einsparung einer Staatssekretärsstelle beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie?
13. Plant die Bundesregierung im Laufe der 17. Wahlperiode die Einsparung einer Staatssekretärsstelle beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung?

14. Plant die Bundesregierung im Laufe der 17. Wahlperiode die Einsparung einer Staatssekretärsstelle beim Bundeskanzleramt?
15. Welche Funktionen und Aufgaben der Bundesregierung könnten bei Streichung einer Staatssekretärsstelle beim Auswärtigen Amt nicht mehr erfüllt werden (bitte jeweils einzeln begründen)?
16. Inwieweit haben sich die Zuständigkeiten im Auswärtigen Amt in Bezug auf die drei Staatssekretärsstellen seit dem Amtsantritt von Dr. Guido Westerwelle im Vergleich zur Zuständigkeits- und Aufgabenverteilung seines Vorgängers Dr. Frank-Walter Steinmeier geändert?

    Welche Aufgaben übernimmt Staatssekretär Dr. Peter Ammon?

    Welche Aufgaben übernimmt Staatssekretär Wolf-Ruthart Born?

    Welche Aufgaben übernimmt Staatssekretär Martin Biesel?
17. Um welchen Betrag würde der Bundeshaushalt durch die Streichung einer Staatssekretärsstelle beim Auswärtigen Amt entlastet werden?
18. Wie begründet die Bundesregierung das Festhalten an der aktuellen Zahl der Staatssekretärsstellen im Auswärtigen Amt bzw. der Zahl der Staatsekretärsposten in den anderen Bundesministerien (bitte jeweils einzeln begründen)?
19. Welche Stellen wurden von der neuen Bundesregierung im Haushaltsplan 2010 gestrichen?
20. Welche Stellen wurden im Bundeshaushaltsplan 2010 gegenüber dem Bundeshaushaltsplan 2009 neu geschaffen?
21. Wie viele Staatssekretäre und Staatsminister zählte die Bundesregierung jeweils in den Jahren 1998, 2002, 2005, Jahreswechsel 2008/2009 und Jahreswechsel 2009/2010?

Berlin, den 8. Februar 2010

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333